

verso



DAS SYNA MAGAZIN

02/24

Bildungschancen

Wie gerecht ist unser
Bildungssystem?

Kreislaufwirtschaft

Effiziente Ressourcennut-
zung für eine nachhaltige
Entwicklung



FOKUS

Steigende Prämien: eine finanzielle Belastung für Arbeitnehmende

Gemeinsam für eine gerechte Zukunft



Die jüngsten Abstimmungen zur AHV haben klar gezeigt, dass wir Arbeitnehmenden eine starke Stimme haben. Gemeinsam sind wir in der Lage, bedeutende Veränderungen herbeizuführen. Der Volksentscheid ist ein wichtiger Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit für alle.

Lasst uns diese Energie nutzen und ein weiteres Zeichen setzen. Durch jahrelangen Sozialabbau ist die finanzielle Belastung für Arbeitnehmende kontinuierlich gestiegen. Mit einem JA zur Prämien-Entlastungs-Initiative haben wir die Möglichkeit, eine Erweiterung der Sozialleistungen zu fordern. Gleichzeitig können wir damit Druck auf die Regierung ausüben, die Gesundheitskosten endlich unter Kontrolle zu bringen. Denn niemand verdient es, von steigenden Kosten für die Gesundheit in die Armut getrieben zu werden.

Setzen wir uns gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft ein, in der jeder und jede von uns ein Leben in Würde führen kann.

Yvonne Feri
Syna-Präsidentin

Impressum

Syna Magazin Offizielles Publikationsorgan
für Syna-Mitglieder

Erscheinungsweise 4 Ausgaben pro Jahr

Auflage 25 425 Exemplare (WEMF 2022)

Herausgeberin Syna – die Gewerkschaft,
Zentralsekretariat, Postfach 1668, 4601 Olten,
www.syna.ch

Redaktion kommunikation@syna.ch

Gestaltung/Satz Continue AG, Basel

Druck/Versand Merkur Zeitungsdruck AG

Adressänderungen info@syna.ch

Nächste Ausgabe 30. August 2024

Redaktionsschluss 26. Juli 2024

Bildnachweise Adobe (S.3 oben, S.4, S.5, S.6, S.10),
Continue (S.1, S.14), Syna (S.3 unten, S.8, S.13, S.17),
Brücke Le Pont (S.18, S.19)



FOKUS

Prämien-Entlastungs-Initiative

Für viele Arbeitnehmende sind die zunehmenden Krankenkassenprämien ein Anliegen. Véronique Rebetez erläutert, wie die Prämien-Entlastungs-Initiative sowohl Menschen mit niedrigem Einkommen unterstützt als auch dazu beiträgt, die Gesundheitskosten in der Schweiz insgesamt zu senken.

POLITIK

06 Bildungschancen in der Schweiz

Nicht jeder hat gleichermassen gute Chancen auf eine berufliche Laufbahn. Was derzeit gut funktioniert und welche Veränderungen erforderlich sind.

WIRTSCHAFT

10 Kreislaufwirtschaft

Wie sowohl die Umwelt als auch der Schweizer Arbeitsmarkt davon profitieren.

ICH UND MEINE ARBEIT

13 «Alleine im Leben kommt man nicht weit»

Marija Stajic ist seit sieben Jahren Syna-Mitglied und arbeitet als Detailhandelsfachfrau bei Lidl.

RECHT

14 Lehre und Ferienjob

Junge Aushilfskräfte und Auszubildende sind besonders geschützt. Worauf man achten sollte, erklären wir hier.

EXKURS

18 Brücke Le Pont in Zentralamerika

Wie eine ganzheitliche Ausbildung über den reinen Fachunterricht hinaus die Chancen junger Menschen steigert.



GEWERKSCHAFT

Ein ungleiches Duo

Seit November des letzten Jahres führen Yvonne Feri und Johann Tscherrig gemeinsam Syna. Die Einführung der neuen statutarischen Trennung zwischen Vorstand und Geschäftsleitung hat in den ersten Monaten eine bedeutende Herausforderung dargestellt. Welche Auswirkungen hat diese Änderung auf die Abläufe bei Syna?

FOKUS

Krankenkassenprämien- Initiative

Véronique Rebetez, die Leiterin Sozialpolitik bei Syna, erläutert, weshalb die Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative, über die wir am 9. Juni abstimmen werden, so entscheidend ist.

Michael Steinke



Mit der Annahme der 13. AHV-Rente wurde erstmals seit langer Zeit wieder eine Initiative angenommen, welche den Sozialstaat ausbauen will. Glaubst du, das war ein Einzelerfolg oder eine Trendwende?

Ich hoffe sehr, dass es sich hierbei um eine Trendwende handelt. Die Lebenshaltungskosten sind deutlich gestiegen und immer mehr Haushalte können ihre Krankenkassenprämie, ihre Miete oder ihre Einkäufe nicht mehr bezahlen. Die Parlamentarier in Bern scheinen die Realität der Arbeitnehmenden zu ignorieren, indem sie systematisch die Lobby der Versicherungen und der Reichsten begünstigen. Die Abstimmung über die 13. Rente hat uns daran erinnert, dass im Zentrum der Wirtschaft die Arbeit steht. Arbeit muss angemessen entlohnt werden, und die AHV-Renten sind ein Einkommen aus dieser Arbeit.

Nun steht mit der Prämien-Entlastungs-Initiative die nächste wichtige Abstimmung an. Was verlangt die Initiative genau?

Die Initiative fordert eine Obergrenze für Krankenkassenprämien von 10 Prozent des verfügbaren Einkommens. Heute können viele Menschen ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen. Auch wenn der Schweizer Durchschnittslohn in den Augen mancher hoch erscheint, sind die Ungleichheiten zwischen hohen und niedrigen Einkommen gross. Viele Löhne erreichen nicht einmal 4000 Franken pro Monat. Für Menschen, die wenig verdienen, sind die steigenden Krankenkassenprämien ein grosses Problem. Mit einer Deckelung der Prämienhöhe auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens wird verhindert, dass die Krankenkassenprämien zu einer Quelle der Verarmung werden.

Für Personen mit tiefen Einkommen gibt es bereits die Möglichkeit, beim Kanton eine Prämienverbilligung zu beantragen. Reicht dies nicht aus?

Nein, viele Menschen stellen aus Scham oder Unkenntnis des Systems keinen Antrag. Zudem entgeht ein grosser Teil der Geringverdienenden nur knapp den Zuschüssen. Oft sind es gerade diese Personen, die knapp über der Grenze liegen, welche das grösste Armutsrisiko haben. Eine Obergrenze von 10 Prozent wäre für alle gerechter.

Die Initiative führt zu Mehrausgaben beim Staat. Wie sollen diese finanziert werden?

Der Sozialstaat muss sich mit den Mitteln ausstatten, um einen angemessenen Le-

bensstandard für alle zu gewährleisten. Der Bund muss die übermässigen Einkommenssteigerungen der Pharmaindustrie und der Versicherer bekämpfen und bei seinen Ausgaben Prioritäten setzen. Seit der Einführung des KVG sind die Prämien in die Höhe geschnellt. Die Einkommen der Arbeitnehmenden haben nicht dieselbe Entwicklung durchlaufen. Es ist an der Zeit, dass der Bund wirklich etwas unternimmt, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen, und das Gesundheitssystem als Ganzes überprüft. Die Gewinne der Pharmaindustrie, der Aktionäre und der Versicherer müssen in das Gesundheitssystem zurückfliessen, um zu einer Senkung der Kosten für die Versicherten beizutragen. Derzeit verzeichnen einige von ihnen Rekordgewinne, während Haushalte ihre Krankenkassenprämien nicht bezahlen können.

Du hast es bereits angesprochen: Die Gesundheitskosten sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Initiative verspricht, das Kostenwachstum im Gesundheitswesen einzudämmen, wie soll ihr das gelingen?

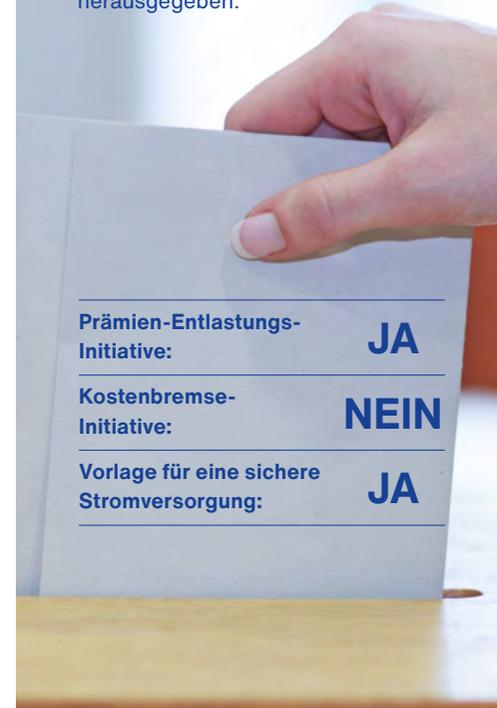
Bislang haben wir als Prämienzahler die steigenden Gesundheitskosten durch erhöhte Prämien getragen. Der bedeutende Vorteil der Initiative liegt darin, dass dieser Kostendruck nun auf den Bund übertragen wird. Denn bei Annahme muss der Bund zwei Drittel der Kosten für Prämienverbilligungen übernehmen. Dadurch wird er dazu angeregt, endlich Massnahmen zur Kostensenkung zu ergreifen. Es liegt in seiner Verantwortung, sicherzustellen, dass jeder Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung hat. Angesichts der alternden Bevölkerung ist es notwendig, dass der Staat Lösungen findet, um den Anstieg der Gesundheitskosten einzudämmen.

Wo siehst du Sparpotenzial im Gesundheitsbereich?

In der Schweiz sind die Medikamentenpreise signifikant höher als im Ausland, beispielsweise sind Generika um 45,5 Prozent teurer. Ausserdem sind in den letzten Jahren vor allem die Kosten für spezialisierte medizinische Leistungen stark gestiegen, während die Ausgaben für die Grundversorgung stagniert haben. Es ist dringend erforderlich, bessere Tarifstrukturen in der Grundversorgung einzuführen, um sicherzustellen, dass Spezialisten nur in wirklich notwendigen Fällen konsultiert werden. Des Weiteren ist eine verbesserte Koordination in der

> Abstimmungsparolen

■ Am 9. Juni stehen entscheidende Abstimmungen an. Daher ist es von grosser Bedeutung, dass alle Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Syna setzt sich für eine gerechtere Welt und gute Bedingungen für alle in unserer Gesellschaft ein. Aus diesem Grund hat der Vorstand zu den Abstimmungen folgende Parolen herausgegeben.



Pflege entscheidend, um Übermedikation zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ist auch die rasche Umsetzung der Pflegeinitiative von grosser Bedeutung.

Die Schweiz zeichnet sich durch ihren Pragmatismus aus. Durch eine Annahme der Initiative würden alle Parteien dazu angehalten, gemeinsam Lösungen zur Kostensenkung zu erarbeiten, die allen zugutekommen. Denn die AHV-Abstimmungen am 3. März haben gezeigt, dass der Bundesrat Lösungen vorschlagen muss, die für alle, nicht nur für einige, akzeptabel sind. ■

POLITIK

Gleiche Chancen für alle?

Unser Kongressdokument fordert es deutlich: Alle Arbeitnehmenden sollen eine faire Teilhabe am Arbeitsleben haben. Voraussetzung dafür sind gerechte Bildungschancen, damit die verschiedenen Bildungswege allen offenstehen.

Michael Steinke



Erinnerst du dich noch an deine Antwort auf die Frage, was du später einmal werden möchtest? War es Polizistin, Tierärztin, Pilotin oder Feuerwehrmann? Dies sind bei den Kids die Topantworten. Doch oft führt einen der Bildungsweg an einen anderen Ort, als man es als Kind gedacht hätte. Neu entdeckte Talente und andere Interessen können eine Rolle spielen, manchmal stehen einem aber auch systembedingte Hindernisse im Weg.

Bildung wird vererbt

Der eigene Bildungsweg, ob Berufslehre oder Gymnasium, hängt nicht nur von individuellen Faktoren ab, sondern stark vom eigenen sozialen Umfeld. Kinder aus Akademikerfamilien wechseln mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent nach der obligatorischen Schule ans Gymnasium. Im Gegensatz dazu beträgt dieser Anteil bei Kindern aus Arbeiterfamilien lediglich 24 Prozent. «Unser Bildungssystem sollte darauf abzielen, dass jedes Kind entsprechend seinen Neigungen, Begabungen und Interessen den passenden Bildungsweg einschlägt. Dass sich die Bildungswege der Kinder meistens den Eltern ähneln, zeigt, dass wir unser Bildungssystem weiter öffnen müssen», sagt Gabriel Fischer, Bildungsverantwortlicher bei Travail.Suisse.

Frühe Selektion wirkt verstärkend

Schon nach sechs Jahren Primarschule entscheidet sich in der Schweiz, in welche Stufe die Schülerinnen und Schüler eingeteilt werden. Einzig im Tessin erfolgt dieser Schritt später. Der frühe Selektionsprozess verstärkt laut Fischer bestehende Ungleichheiten: «Die Bildungsforschung ist sich weitgehend einig: Je früher selektiert wird, desto schwieriger ist es für Kinder aus bildungsfernen Schichten, eine höhere Bildung zu erlangen.» Eltern mit akademischem Hintergrund können ihre Kinder oft besser unterstützen. Diese Unterstützung ist für Eltern mit niedrigerer Bildung und Eltern mit Migrationshintergrund aufgrund sprachlicher Barrieren schwieriger. In fast allen OECD-Ländern bleiben die Klassen bis in die neunte oder zehnte Klasse leistungsmässig durchmisch. Unterschiede bei den schulischen Kompetenzen können so länger aufgeholt und Kinder, die eine Lernblockade erst später lösen, einfacher gefördert werden. «Die Selektion sollte auch in der Schweiz erst später stattfinden», resümiert Fischer.

Mehr Geld, mehr Möglichkeiten

Nebst dem sozialen Umfeld und der Ausgestaltung des Bildungssystems bestimmt auch die finanzielle Lage der Familie den eigenen Werdegang. Private Nachhilfe können sich Familien mit niedrigem Einkommen oft nicht leisten. Zudem spielen für Akademikerkinder die Kosten der höheren Bildung oft kaum eine Rolle. Im Unterschied zu Kindern aus ärmeren Familien müssen sie nicht möglichst rasch Geld verdienen und sich aus Kostengründen gegen ein Studium entscheiden.

Durchlässigkeit fördern

Trotz dieser Mängel ist das Schweizer Bildungssystem, egal welcher Weg eingeschlagen wird, keine Sackgasse. Dank dem dualen Bildungsweg kann auch nach der Lehre ein höherer Abschluss gemacht und über die Berufsmaturität an einer Fachhochschule und via Passerelle an einer Universität studiert werden. «Das Bild, dass der Weg übers Gymnasium an die Uni der Königsweg ist, ist falsch. Arbeitnehmende, welche nach einer Berufslehre eine eidgenössische Berufsprüfung, eine höhere Fachprüfung oder einen Abschluss an einer höheren Fachschule gemacht haben, sind auf dem Arbeitsmarkt genauso gefragt wie Universitätsabgänger. Mit einer Berufsmaturität ist ausserdem auch ein Studium an einer Fachhochschule möglich», betont Fischer und unterstreicht: «Diese Vielfältigkeit müssen wir fördern. Ziel sollte ein Bildungssystem sein, in welchem alle Wege für alle gleich offen sind. Sprich, dass es für Arbeiterkinder genauso eine Möglichkeit ist, ein Studium zu machen, wie sich als Akademikerkind für eine Berufslehre zu entscheiden. Gleichzeitig darf diese Durchlässigkeit nicht als Entschuldigung dienen, um Kinder, die eigentlich das Potenzial für das Gymnasium hätten, auf später zu vertrösten.»

Verlorenes Potenzial

Eine Studie der «Alliance Chance+» beziffert den wirtschaftlichen Schaden durch mangelnde Chancengleichheit auf über 20 Milliarden Schweizer Franken. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Schweiz bedeutende Potenziale und Talente verliert, wenn nicht alle Menschen faire Chancen erhalten. Dass sich viele gegen eine Weiterbildung entscheiden, hat oft auch finanzielle Gründe. «Arbeitnehmende müssen für die Ausbildung ihr Pensum reduzieren, wodurch ihr Einkommen während der Weiterbildung deutlich sinkt. Firmen wiederum haben wenig Anreize zu investieren, da sie befürchten, dass ihre Mitarbeitenden nach der Weiterbildung zu einem anderen Arbeitgeber wechseln. Hier braucht es neue Finanzierungsmodelle auf nationaler Ebene», bilanziert Fischer.

Bessere Frühförderung, spätere Selektion, grössere Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen, eine breitere Finanzierung in der Erwachsenenbildung und ausgebauter Unterstützung über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Service Public – so könnte man den Lösungskatalog des Bildungsexperten für gerechtere Bildungschancen zusammenfassen. Damit unerfüllte Berufswünsche aus Kindertagen auf geänderte Interessen und nicht auf geringere Bildungschancen zurückzuführen sind. ■

> Berufsmaturität als Türöffner

■ Von den Vorteilen einer Berufsausbildung profitieren und dennoch den Weg an die Hochschulen offenhalten? Die Berufsmaturität macht's möglich! Die erweiterte Allgemeinbildung kann während der Lehre (BM1) oder danach (BM2) absolviert werden.



INTERVIEW

Ein ungleiches Duo

Seit letztem November leiten Yvonne Feri und Johann Tscherrig gemeinsam die Geschicke bei Syna. Feri als Präsidentin auf strategischer, Tscherrig als Vorsitzender der Geschäftsleitung auf operativer Ebene.

Michael Steinke



Ich treffe Yvonne Feri und Johann Tscherrig am Uferweg in Olten, auf halbem Weg zwischen Bahnhof und Syna-Zentrale. Nur kurz haben wir Zeit, bis Feri bereits wieder auf den Zug und Tscherrig zum nächsten Termin in der Zentrale muss. Trotz den dichten Terminkalendern wirken beide entspannt und sind gut gelaunt. Dass dies nicht nur am verfrühten Sommerwetter an diesem Apriltag liegt, merkt man sofort, wenn Feri und Tscherrig über die ersten Monate ihrer Zusammenarbeit sprechen.

Feri: Ich bin positiv gestimmt und noch immer stolz auf meine Wahl zur Syna-Präsidentin. Dieses Gefühl bestätigt sich in vielen Momenten meiner Arbeit, wie kürzlich, als ich bei der Sektion Aargau eingeladen war. Die vielen Ideen und die positive Energie der Mitglieder zu spüren, tut gut.

Tscherrig: Und wir sind froh, ist Yvonne bei uns. Bereits in dieser kurzen Zeit hat sie viel frischen Wind zu Syna gebracht. Man merkt ihr an, dass sie viel Erfahrung aus ihrer Zeit als Politikerin, aber auch aus anderen Vorstandstätigkeiten mitbringt. Denn mit der Statutenänderung hat sich einiges geändert im organisatorischen Bereich.

Feri: Genau, nicht nur für mich persönlich, auch für Syna ist vieles neu. Die Organisationsform unserer Gewerkschaft ist neu und wir haben jetzt eine strikte Trennung von Vorstand und Geschäftsleitung. Das ist eine grosse Umstellung in der Gesamtorganisation der Gewerkschaft Syna. Das braucht seine Zeit und muss sich erst noch ein bisschen einspielen.

Für beide scheint klar zu sein, wovon sie sprechen. Ich brauche aber ein konkretes Beispiel, um zu verstehen, wie stark sich diese Trennung wirklich auswirkt. Was hat sich also genau geändert?

Tscherrig: Es klingt kompliziert, ist aber eigentlich ganz einfach: Vor der Statutenänderung war die Geschäftsleitung auch Teil des Vorstandes. Da war es normal, dass sich Vorstandsmitglieder aktiv bei operativen Angelegenheiten eingebracht haben und umgekehrt die GL bei strategischen Entscheidungen mitentschieden hat. Jetzt sind die Vorstandsmitglieder nur im Vorstand und die Geschäftsleitungsmitglieder nur in der Geschäftsleitung vertreten. Der Vorstand bestimmt die strategische Ausrichtung, während die Geschäftsleitung sich um die operativen Aufgaben kümmert.

«Ich war schon immer der Überzeugung: Ohne Hinterfragen gibt es keine Weiterentwicklung.»

Yvonne Feri

Feri: Machen wir ein fiktives Beispiel. Der Vorstand bestimmt als strategisches Ziel ein zwanzigprozentiges Mitgliederwachstum in der Gesundheitsbranche. Diese Aufgabe wird nun an die Geschäftsleitung delegiert, welche dann ein Konzept ausarbeitet und umsetzt. Der Vorstand behält dabei einen gewissen Einfluss und kann beispielsweise durch Budgetentscheidungen lenkend eingreifen, da er die Gesamtverantwortung trägt. Letztendlich liegt jedoch die effektive Umsetzung mit den entsprechenden Rahmenbedingungen beim Geschäftsleitungsteam.

Tscherrig: Durch diese klare Trennung wurde der Vorstand erheblich gestärkt. Das stärkt auch die Stimme der Mitglieder und somit die Basisdemokratie bei Syna.

Feri: Obwohl Vorstand und Geschäftsleitung getrennt sind, kommunizieren sie intensiv miteinander. Die regelmässigen Berichte der Geschäftsleitung an den Vorstand fliessen in dessen Entscheidungsprozesse mit ein. Zudem treffen Johann und ich uns jede Woche zu einer gemeinsamen Sitzung. Dabei tauschen wir gegenseitig Rat aus, doch letztendlich trägt er zusammen mit der Geschäftsleitung die Verantwortung für die operativen Entscheidungen, während ich eine unterstützende Rolle als Johanns Sparringspartnerin und als Verbindung zum Vorstand einnehme.

Die Rollenverteilung scheint sowohl strategisch als auch operativ klar definiert zu sein. Jetzt stellt sich die Frage: Was wird als Nächstes angegangen?

Feri: Die ersten Schritte sind gemacht, doch die neuen internen Abläufe müssen sich erst noch etablieren. Die Einführung einer neuen Führungsstruktur nach 25 Jahren ist nicht ganz einfach.

Tscherrig: Gerade bei der Prozessoptimierung kommt Yvonnens Erfahrung in der Ver-

bandsarbeit deutlich zum Tragen. Sie bringt nicht nur ihren eigenen kritischen Blick von aussen ein, sondern verfügt auch über ein ausgezeichnetes Netzwerk an externen Beratern, welche wir teilweise zu den Sitzungen beiziehen. Aus meiner Perspektive hat sich dadurch die gesamte Gesprächskultur verändert. Themen werden kritisch hinterfragt, ohne dass persönliche Gefühle im Vordergrund stehen. «Das war schon immer so und haben wir immer so gemacht» gibt es nicht mehr.

Feri (*schmunzelt*): Vielen Dank für die Anerkennung. Deine langjährige Erfahrung ist auch für mich von grossem Wert. Johann kennt Syna in- und auswendig, was uns dabei geholfen hat, die neuen Prozesse zu etablieren. Nun können wir uns vollkommen der Umsetzung des Kongressdokuments widmen.

Tscherrig: Pünktlich zum Tag der Arbeit starteten wir die Petition «1. Mai für alle frei». Wie von den Delegierten am Kongress gefordert, soll der 1. Mai zu einem nationalen freien Tag werden. Die Arbeitnehmenden arbeiten hart und haben sich diesen zusätzlichen freien Tag verdient.

Feri: Und das ist nur der Anfang. Ein zusätzlicher Feiertag oder ein Tag, um die Rechte der Arbeitnehmenden einzufordern, ist zwar ein erster Schritt, aber er allein reicht nicht aus. Im Kongressdokument stehen viele Forderungen, die wir angehen müssen. Ich denke dabei beispielsweise an die inakzeptablen Zustände in der Krankentaggeldversicherung.

Man spürt, dass die beiden mit Syna noch einiges bewegen wollen. Ein Duo mit unterschiedlichen Hintergründen, aber einer gemeinsamen Mission: Syna zu einem noch wichtigeren Sozialpartner zu machen. ■



Für Umwelt, Innovation und Arbeitsplätze

Kreislaufwirtschaft zielt darauf ab, Rohstoffe möglichst effizient zu nutzen und Produkte so lange wie möglich in Gebrauch zu halten. National- und Ständerat haben in der Frühlingsession beschlossen, diese weiter zu fördern. Ein Modell mit Zukunft.

In der Schweiz entstehen pro Person jährlich etwa 703 Kilogramm Abfall. Das sind 1,9 Kilogramm pro Kopf und Tag und zeigt exemplarisch, dass wir als Gesellschaft einen nachhaltigeren Umgang mit unserem Planeten finden müssen. Die Kreislaufwirtschaft hat dem enormen Ressourcenverbrauch den Kampf angesagt und findet immer mehr Einzug in Politik und Wirtschaft.

Von der Linie zum Kreis

Rohstoffe werden abgebaut, zu Produkten verarbeitet, von uns Konsumentinnen und Konsumenten gekauft, gebraucht und dann weggeworfen. So kann man sich den klassischen linearen Lebenszyklus vorstellen, wie wir ihn bei vielen Produkten kennen. Die Folge: Rohstoffverknappung, hohe Emissionen, grosse Abfallmengen und damit auch eine grosse Umweltbelastung. In der Kreislaufwirtschaft hingegen werden Materialien und Produkte möglichst lange im Umlauf gehalten. Dadurch verringert sich im Vergleich zum linearen Wirtschaftssystem der Ressourcenverbrauch deutlich.

Ein ganzheitlicher Ansatz

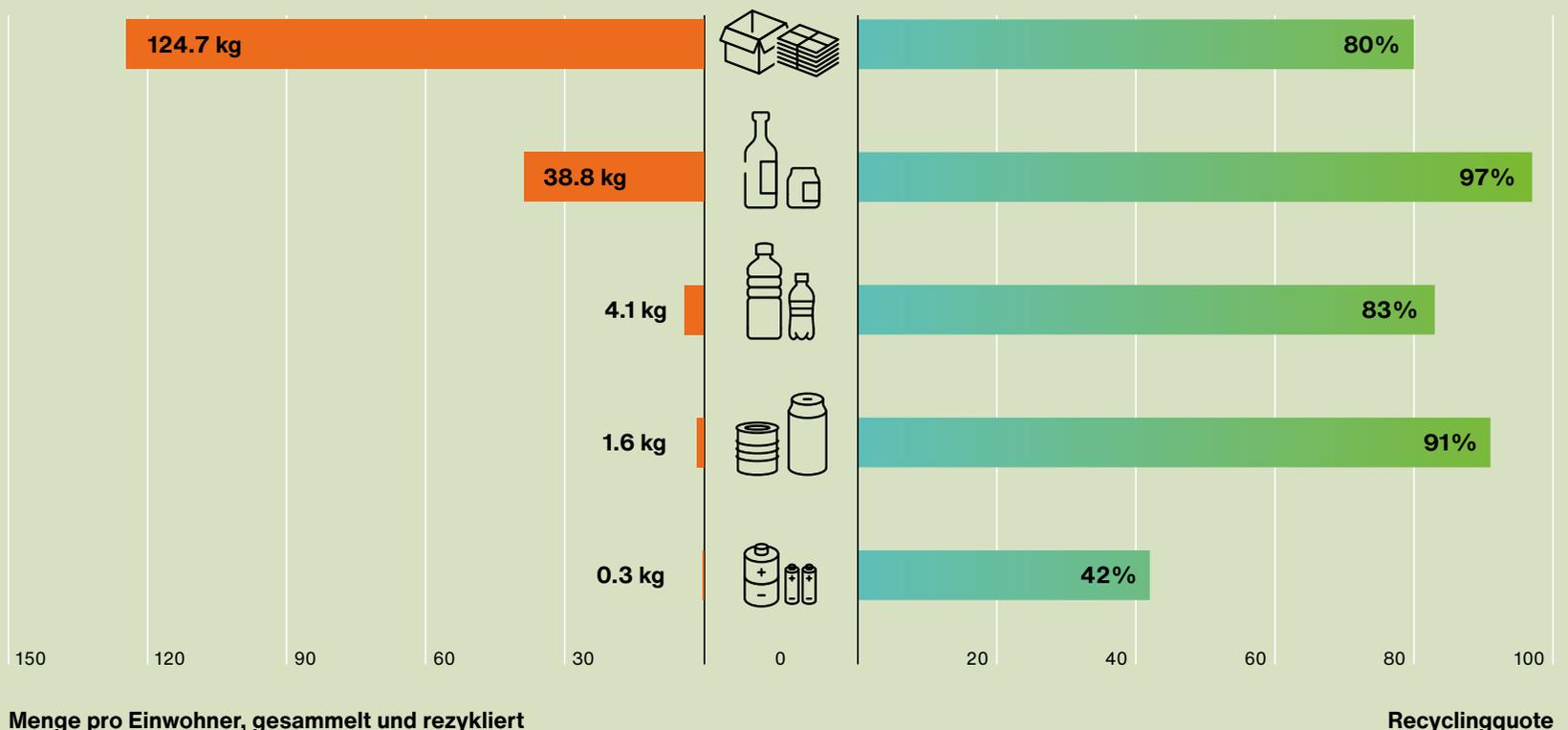
Kreislaufwirtschaft wird oft mit Recycling verwechselt. Das Wiederverwenden von Materialien ist zwar ein Bestandteil der Kreislaufwirtschaft, doch der Ansatz geht weit darüber hinaus. Er erstreckt sich von der Rohstoffgewinnung über das Design, die Produktion und Distribution sowie einer möglichst langen Nutzungsdauer bis

zum Recycling des Produktes. Betrachten wir exemplarisch den Lebenszyklus eines Produktes in der Kreislaufwirtschaft: Am Anfang stellt sich die Frage, aus welchen Materialien das Produkt hergestellt werden soll. Hierbei soll ein möglichst grosser Anteil an recycelten und andernfalls möglichst nachhaltig abgebauten Rohstoffen verwendet werden. Dem Produktdesign kommt in der Kreislaufwirtschaft eine grosse Wichtigkeit zu. Produkte müssen so gestaltet werden, dass sie möglichst langlebig, reparierbar und schliesslich gut zu recyceln sind. Funktionierte beim Handy der Akku nicht mehr, soll nur dieser und nicht das ganze Handy ersetzt werden müssen.

Teilen statt besitzen

Dank robusten Designs kann die Lebensdauer von Produkten deutlich erhöht werden. Über die ganze Produktlebensdauer betrachtet, schont das in den meisten Fällen nicht nur die Umwelt, sondern auch das Portemonnaie von uns Konsumentinnen und Konsumenten. Doch nicht nur die Lebens-, sondern auch die Nutzungsdauer sollen in der Kreislaufwirtschaft optimiert werden. Klassisches Beispiel für ein Produkt mit geringer Nutzungsdauer ist die Bohrmaschine. In Privathaushalten wird diese gerade mal 11 Minuten genutzt. Und das über die gesamte Lebensdauer der Bohrmaschine betrachtet. Dass sich jeder Haushalt eine eigene Bohrmaschine anschafft, ist folglich ineffizient. Durch Teilen oder Vermieten kann die effektive Nutzungsdauer deutlich erhöht werden.

Recyclingstatistik 2023



Nachhaltigkeit predigen, aber in Plastikfolie verpackt: Warum verzichten wir nicht auf die Folierung?

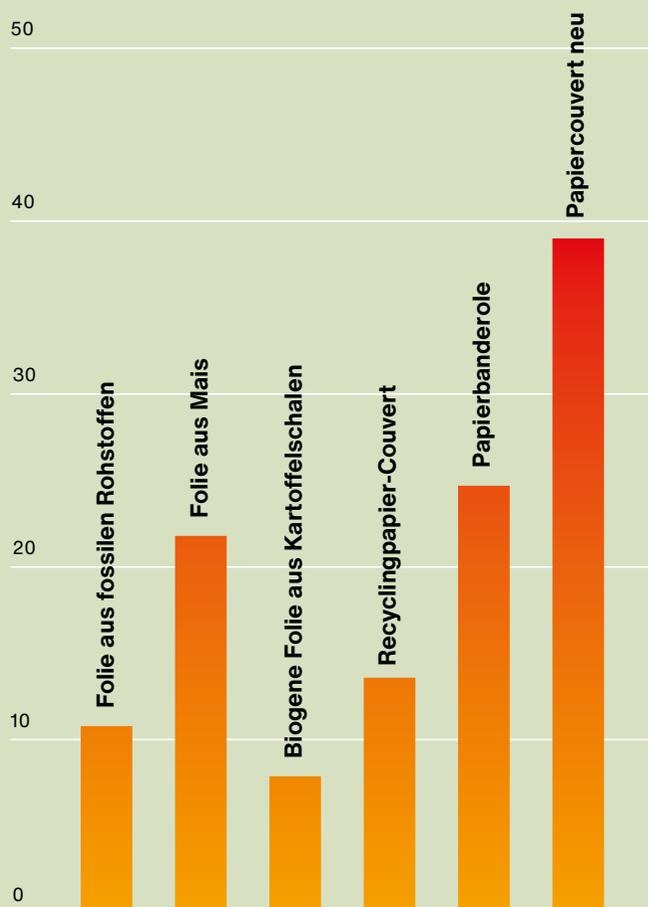
■ Wir verwenden Plastikfolie, um dem «verso» Beilagen hinzuzufügen. So können zusätzliche Sendungen vermieden werden, was wiederum der Umwelt zugutekommt. Positiver Nebeneffekt: Die Folie schützt das Magazin vor Regen und Schmutz und erleichtert der Post den Versand, was wiederum kostengünstiger ist.

Die Plastikfolierung ist die nachhaltigste Möglichkeit, die unsere Druckerei anbietet. Obwohl der Ruf von Plastikfolien oft schlechter ist, als sie tatsächlich sind, ist die Umweltbilanz unserer aktuellen Folie nur minimal schlechter als die aktuell nachhaltigste Alternative aus Kartoffelstärke. Zusätzlich ist die Plastikfolie recycelbar, und wenn sie entsprechend entsorgt wird, verbessert sich ihre Umweltbilanz weiter.

Unsere Empfehlung lautet daher, das Magazin aus der Folie zu nehmen, die Folie im Plastikmüll zu entsorgen und dann das «verso»-Magazin zu lesen.

Umweltbelastung pro Verpackung

in Umweltbelastungspunkten (MöK 2013)



Erst wenn sich ein Produkt nicht mehr länger nutzen und reparieren lässt, wird es dem Recycling zugeführt. Denn auch Recycling ist wegen des Verbrauchs von Energie, Wasser oder Chemikalien umweltbelastend. Aus dem recycelten Material werden wieder neue Produkte hergestellt, und der Kreislauf beginnt von Neuem.

Rohstoffarme Schweiz

Die Bestrebungen zur Kreislaufwirtschaft in der Schweiz reichen bereits bis in die Mitte der 80er-Jahre zurück. Als rohstoffarmes Land ist die Schweiz stark von Importen abhängig. Die vermehrte Wiederverwendung bringt aus wirtschaftlicher Sicht drei Hauptvorteile. Einerseits wird die Abhängigkeit vom Ausland reduziert, wie während der Lieferengpässe während der Corona-Pandemie oder der Blockade des Suezkanals deutlich wurde. Die Anpassungen in der industriellen Produktion schaffen zahlreiche neue Arbeitsplätze, insbesondere durch den Fokus auf Reparatur, was Menschen mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt unterstützt. Zudem kann ein Teil des im Ausland geschaffenen Werts zurück in die Schweiz fließen, wenn gebrauchte Produkte hier repariert und wiederverwendet werden, was die Beschäftigung fördert und den ökologischen Fussabdruck verringert. Für die auf Innovation und Qualität ausgerichtete Schweizer Wirtschaft eröffnet die längere Produktnutzung neue Geschäftsfelder, etwa durch lokale Reparaturdienstleistungen oder die Vermietung von Produkten.

Gezielt fördern

Die Kreislaufwirtschaft bietet nicht immer die ressourcenschonendste Produktionsweise, da das Recycling und die Aufbereitung bestimmter Materialien manchmal mehr Ressourcen und Energie verbrauchen als die Verwendung von Primärrohstoffen. Trotzdem ist sie für viele Wirtschaftszweige die zukunftsweisende Ausrichtung. In der Frühlingssession haben National- und Ständerat das Umweltgesetz um einen Artikel ergänzt, der dem Bundesrat ermöglicht, Anforderungen an die Lebensdauer, Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Reparierbarkeit von Produkten zu stellen. Und das Potenzial ist riesig. Laut dem Circularity Gap Report ist die Schweizer Wirtschaft erst zu 7 Prozent zirkulär. Mit dem neuen Gesetz hat der Bundesrat nun die Möglichkeit, diesen Anteil gezielt zu erhöhen. Die Schweiz kann sich dabei auch an seinen Nachbarstaaten orientieren. Diese sind teilweise schon deutlich weiter. Frankreich beispielsweise hat das Garantierrecht ausgebaut und einen Reparatur-Index eingeführt. Dieser gibt auf einer Skala von eins bis zehn an, wie einfach ein Produkt zu reparieren ist und wie gut Ersatzteile verfügbar sind. Für Firmen steigt so der Anreiz, robustere Geräte zu produzieren und Reparaturdienstleistungen anzubieten. Steuerreduktionen auf solche Reparaturleistungen wären ein weiteres Instrument.

Die Schweiz hat noch einiges aufzuholen, um die Kreislaufwirtschaft stärker in unserer Wirtschaft zu verankern. Davon profitieren alle: Wirtschaft, Umwelt und die Arbeitnehmenden. ■

«Alleine im Leben kommt man nicht weit»



Marija Stajic ist in der Schweiz aufgewachsen und hat eine Lehre als Zahnarztassistentin absolviert. Seit sieben Jahren ist sie Syna-Mitglied und arbeitet als Detailhandelsfachfrau bei LIDL. Ihre zwanzigjährige Tochter Katarina macht eine Ausbildung zur Pferdewartin und ist ebenfalls Syna-Mitglied.

Meine Arbeit

Ich bin gelernte Zahnarztassistentin, doch ich arbeite nun schon länger im Detailhandel. Leider wird man von der Kundschaft nicht immer mit Respekt behandelt. Und gleichzeitig wird erwartet, dass wir immer freundlich sind und den Kundinnen und Kunden hinterherräumen. Mein super Arbeitsteam macht solche Momente einfacher. Die Respektlosigkeit gegenüber den Angestellten erstreckt sich auch auf die Auszubildenden, und viele von ihnen wissen nicht, wo sie Hilfe finden können. Meine Kinder hatten Schwierigkeiten beim Übergang ins Berufsleben. Beide sind nun ebenfalls bei Syna und haben hier Unterstützung bekommen.

Meine Gewerkschaft

Oliver Hippele hat sich für mich eingesetzt und mich überzeugt, beizutreten. Nun bin ich seit sieben Jahren dabei und habe nur positive Erfahrungen gemacht. Ich sage allen in meinem Umfeld, dass sie Mitglied werden sollen. Mein Bruder, mein Sohn und meine Tochter sind seitdem alle dabei. Syna hat mir geholfen und nun möchte ich anderen helfen. Dass ich neu im Sektionsvorstand bin, ist eine ganz neue Erfahrung für mich und macht grossen Spass. Denn Gewerkschaft bedeutet nicht nur das Kämpfen für die Arbeitnehmenden, sondern auch Gemeinschaft.

Meine Vision

Ich wünsche mir Gleichberechtigung und einen besseren Lohn für Frauen. Sie verdienen es, besser behandelt zu werden, als es jetzt der Fall ist. Wir Frauen leisten genauso harte Arbeit. Zudem bin ich überzeugt, dass wir eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben brauchen. Wieso kann man beispielsweise in grösseren Betrieben nicht Kindertagesstätten zur Verfügung stellen? Dies wäre besonders für Alleinerziehende eine grosse Hilfe. ■



RECHT

Junge Aushilfskräfte und Lernende geniessen besonderen Schutz

Ob Ferienjob oder Lehre – für jugendliche Arbeitnehmende hat der Gesetzgeber die Leitplanken eng definiert. Ein Blick auf die wichtigsten Regelungen.

Leo Niessner

Der grosse rote Schalthebel war nicht zu übersehen. Genauso wenig wie die Wirkung, die er entfaltete: Einmal umgelegt, gab es kein Zurück mehr. Knirschend setzten sich dann die Trommeln im Schlund des mächtigen Schredders in Bewegung. Die Plastikteile, die ich zuvor in die Klappe gekippt hatte, wurden zu Staub zermalmt. Damit einher ging ein schriller Lärm, der meine Ohren nachts pfeifen liess. Noch heute sehe ich zudem die aufgeschürften Hände nach getanem Tagwerk vor mir, erinnere mich, wie mich der Plastikstaub im Hals reizte und unablässig Husten liess. Schutzkleidung und Mundschutz? Fehlanzeige! Kurzum: Gesund war dieser Ferienjob in den 1980er-Jahren gewiss nicht. Doch ich war jung, 14 oder 15, und brauchte das Geld. Da störte es mich nicht, zu diesen Konditionen sogar Überstunden zu leisten. Im Gegenteil: Mit jeder zusätzlichen Minute floss schliesslich mehr Geld auf mein chronisch leeres Jugendkonto.

Wenn man Nora Picchi, Leiterin Gewerkschaftspolitik, Recht und Vollzug bei Syna, solche Geschichten erzählt, huscht ein Lächeln über ihr Gesicht. «Ja, das waren noch Zeiten!», lautet ihr Kommentar dann. Ein nostalgischer Unterton ist nicht zu überhören. Gleichzeitig merkt man, dass ihr die Haare zu Berge stehen. «Heute würde man eine Firma, die so mit Arbeitskräften umgeht, wohl verklagen.» Alles sei reglementiert. Besonders streng seien die Vorschriften, wenn es um den Schutz von Jugendlichen geht.

Überstunden am Fließband im Ferienjob? Undenkbar! Wer mit 14 Jahren einen Ferienjob sucht, darf – während der halben Dauer der Ferien – höchstens acht Stunden pro Tag arbeiten, pro Woche also 40 Stunden, jedoch dürfen nur leichte Arbeiten ausgeführt werden. Eine wie oben beschriebene Tätigkeit ist für Jugendliche bis 15 Jahre nicht denkbar.

Was tun, wenn Arbeitgebende Schutzmassnahmen nicht einhalten?

«Und noch ein Punkt», fährt Picchi nach einer kurzen Pause fort. «Das mit der fehlenden Schutzkleidung ist ein absolutes No-Go! Jeder Arbeitgebende hat dafür zu sorgen, dass die Angestellten entsprechend ausgestattet sind. Das gilt auch, wenn sie lediglich einen Ferienjob verrichten.» Was hätte sie an meiner Stelle getan, damals, inmitten der staubschleudernden lärmigen Maschinen? «Ich hätte nicht weitergearbeitet, sondern auf der Schutzkleidung beharrt. Und sonst das kantonale Arbeitsamt informiert», lautet die prompte Antwort.

Doch so weit, dass sich am Ende SUVA und Arbeitsinspektorat einschalten, lassen es Firmen erfahrungsgemäss nicht kommen. Genauso wenig, wie sie deswegen Kündigungen aussprechen. So einfach geht das auch nicht: Laut dem «Beobachter» ist ein Ferienjob «ein auf eine bestimmte Zeit abgeschlossenes Arbeitsverhältnis. Solche Arbeitsverhältnisse sind grundsätzlich nicht kündbar – es sei denn, es wird ausdrücklich eine Kündigungsmöglichkeit vereinbart.» Das kann per E-Mail geschehen, theoretisch



> Jugendarbeitsschutz

■ Einen detaillierten Überblick und viele zusätzliche Infos zum Jugendarbeitsschutz findest du hier:



aber auch mündlich: Im Gegensatz zu einer Lehre muss bei einem Ferienjob kein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden. Zwingend notwendig ist jedoch das Einverständnis der Eltern.

«Trotz allem rate ich, Abmachungen selbst für Ferienjobs schriftlich festzuhalten. Man weiss ja nie!», rät Picchi. Uff, da hatte ich Glück, denke ich. Denn abgesehen davon, dass die Eltern nie um ihr Einverständnis gefragt wurden, hatte ich bei meinen Ferienjobs nichts Schriftliches in den Händen. Ich wusste lediglich, wie hoch mein Salär sein würde. Ja, man hätte wohl vieles mit mir machen können.

Der Lehrvertrag – eine Abmachung zwischen drei Parteien

Bei einer Lehre indes sieht die Sache anders aus. Ohne schriftlichen Vertrag geht hier gar nichts. Picchi spricht sogar von einem Drei-Parteien-Vertrag: Lernende, Eltern und Arbeitgebende müssen ihn unterzeichnen. Damit werden zahlreiche rechtliche Leitplanken verbindlich. So muss ein Lehrvertrag unter anderem regeln, wie lange die Probezeit dauert: in der Regel zwischen ein bis drei Monaten, in Ausnahmefällen bis zu einem halben Jahr.

Bis zum 20. Lebensjahr haben Lernende Anrecht auf fünf Wochen Ferien im Jahr, danach auf mindestens vier. Ge-regelt ist aber – neben dem Lohn – auch die Kündigungsfrist: Während der Probezeit sieht das Gesetz eine Frist von sieben Tagen (Kalender-, nicht Arbeitstage) vor. Die Kündigung kann auf jeden beliebigen Tag erfolgen, nicht bloss auf das Ende der Arbeitswoche – vorausgesetzt, es ist nichts Gegenteiliges vertraglich vereinbart. Natürlich, wie immer sind auch hier fristlose Kündigungen möglich, wenn sich die lernende Person etwas Gravierendes zuschulden kommen liess.

Und wenn die Probezeit vorbei ist? Dann ist eine ordentliche Kündigung laut Picchi nicht möglich. Die einzige Möglichkeit, den Vertrag aufzulösen, ist in dem Moment eine Aufhebungsvereinbarung.

Geregelt werden im Lehrvertrag des Weiteren die Arbeitszeiten. Auch hier macht die Gesetzgebung klare Vorgaben. Sie sind in der Broschüre «Jugendarbeitsschutz» des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) detailliert nachzulesen und können von der Website des Amtes heruntergeladen werden. Darin heisst es: «Wenn für die erwachsenen Arbeitnehmenden eine tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden gilt, so dürfen die jugendlichen Arbeitnehmenden höchstens 9 Stunden arbeiten. Jugendliche bis zum 16. Geburtstag dürfen höchstens bis 20 Uhr und Jugendliche ab 16 Jahren höchstens bis 22 Uhr beschäftigt werden.»

Ausnahmen für Nacht- und Sonntagsarbeit

Sonntags- und Nachtarbeit sind in der Ausbildung zudem grundsätzlich verboten. Dasselbe gilt für gefährliche Tätigkeiten. «Natürlich gilt aber auch hier, keine Regel ohne Ausnahme», gibt Picchi zu bedenken. «Wer zum Beispiel eine Lehre als Gleisbauer/-in macht, muss auch mal nachts anpacken. Möglich ist das, weil es sich bei einer Lehre primär um ein Ausbildungs- und nicht um ein Arbeitsverhältnis handelt.» Bedingung sei in diesem Fall allerdings, dass ein Ausbilder oder eine Ausbilderin anwesend ist – nicht zuletzt, weil gefährliche Arbeiten ausgeführt werden.

Lehre heisst, jemanden wirklich etwas zu lehren

In ihrer Beratungstätigkeit bei der Gewerkschaft Syna sind Picchi und ihre Rechtsabteilung gelegentlich auch mit einem anderen Thema konfrontiert: «Immer wieder stehen wir unseren jungen Gewerkschaftsmitgliedern mit Rat und Tat zur Seite, wenn es um den Inhalt der Lehre geht. Das heisst, wenn Arbeitgeber das Gefühl haben, die Lernenden seien lediglich ihre Handlanger», erzählt sie. Selbstredend, Tätigkeiten wie Kopieren oder das Beseitigen von Abfall

gehören zu betrieblichen Aufgaben. Aber eben nicht nur. Betriebe müssen ihren Lernenden Fähigkeiten beibringen, die sie zur Ausübung des Berufs brauchen. Auch dafür gibt es klare gesetzliche Regelungen. Sie sind auf der Website des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) nachzulesen: «Die Lehre ist eine berufliche Grundbildung. Sie vermittelt die zur Ausübung eines Berufes notwendigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Haltungen», heisst es da unmissverständlich.

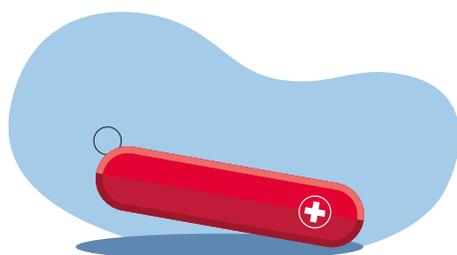
Mit anderen Worten: Betriebe, welche die Wissensvermittlung vernachlässigen, nehmen ihren Lehrauftrag nicht wahr. Was tun, wenn man das Gefühl hat, dass dies der Fall ist? «Zuerst einmal das Gespräch mit dem Lehrmeister beziehungsweise der Lehrmeisterin suchen!», rät Picchi. «Wenn das auch nichts nützt, kann man das kantonale Berufsbildungsamt kontaktieren und ihm die Situation schildern. Immerhin bewilligt es die Lehrstellen. Es hat somit eine Kontrollaufgabe.» Syna-Mitglieder haben noch eine weitere Möglichkeit: Sie melden sich bei Picchi und ihrem Team. Dort erhalten sie Beratung – und gegebenenfalls auch rechtliche Unterstützung.

Fairerweise muss ich ergänzen: Unterstützung habe ich auch erhalten, damals in den 1980er-Jahren. Obwohl ich keine Lehre machte, sondern einfach einen Ferienjob am Fliessband und am Schredder verrichtete und nach zwei Wochen wieder weg war, nahm sich der Schichtleiter regelmässig Zeit für mich. Mit einer Engelsgeduld – und einem gewissen Stolz – verriet er mir Tricks und Kniffe im Umgang mit den schweren Maschinen. Vermutlich war das ein weiterer Grund, der mich über die fehlenden Schutzkleider und sonst prekären Arbeitsbedingungen hinwegsehen liess. ■



> Lehrvertrag

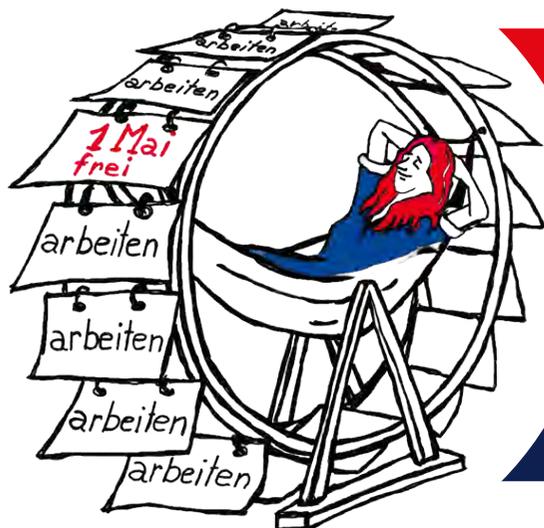
■ Wenn du Fragen zu deinem Ausbildungsvertrag hast, kannst du dich gerne an dein Syna-Regionalsekretariat wenden. Für eine ausführlichere Zusammenfassung dessen, was der Ausbildungsvertrag abdecken sollte, findest du weitere Informationen hier:



> Ausbildungsziele

■ Welche Fähigkeiten und Kenntnisse müssen mir während meiner Ausbildung vermittelt werden? Eine Übersicht über die verschiedenen Berufsausbildungen.





1. MAI FÜR ALLE FREI

Petition für einen wohlverdienten freien Tag für alle Arbeitnehmenden:

Zunehmender Stress

Mehr als 40% der Arbeitnehmenden geben an, von der Arbeit erschöpft zu sein.

Höheres Arbeitstempo

Alleine in den letzten 10 Jahren hat die Produktivität um mehr als 10% zugenommen.

Viel Arbeit, wenig Freizeit

Im europäischen Vergleich arbeiten wir in der Schweiz am meisten Stunden und haben am wenigsten Urlaub.

Work-Life-Balance

Mehr Zeit für Familie, Freundinnen und Freunde sowie für sich selbst – wohlverdient und wichtig.

Jetzt online unterschreiben!



In den Berufskursen von Brücke Le Pont stärken Jugendliche wie Abraham Coreas López (in der Mitte des Bildes) zusätzlich zu ihren Fachkenntnissen auch ihre sozialen Kompetenzen.



Ganzheitliche Bildung stärkt Jugendliche nachhaltig

Viele Jugendliche in den Zentralamerika-Projekten von Brücke Le Pont kommen aus schwierigen Verhältnissen. Mit einer ganzheitlichen Ausbildung, die über das Erlernen von Fachwissen hinausgeht, erhöhen sie ihre Chancen auf einen erfolgreichen Berufseinstieg.

Fabienne Jacomet und Bruno Essig

Zentralamerika ist nach wie vor von Gewalt geprägt. Vor allem in Aussenquartieren von Grossstädten ist Banden- und Polizeigewalt an der Tagesordnung. In Honduras und El Salvador wird jeden Tag eine Frau ermordet. Diese alltägliche Gewalt beeinflusst auch das Zusammenleben. Viele Jugendliche, die sich in den Projekten von Brücke Le Pont ausbilden, haben zu Hause Gewalt erlebt.

Erika Pérez, Psychologin im Projekt Una Oportunidad in El Salvador, erklärt: «Viele Jugendliche in unseren Kursen haben keine stabile Familie und keine liebevolle Erziehung erfahren.» Die Ausbildung leistet deshalb viel mehr als die Vermittlung von Fachkompetenzen. Für die Jugendlichen ist es wichtig, positive und friedliche Umgangsformen zu erlernen, um aus der Gewaltspirale auszubrechen. «Wir starten damit, ihr Selbstbewusstsein zu stärken und einen respektvollen Umgang zu üben», sagt Pérez.

Gewaltprävention als Teil der Ausbildung

Um den Frieden in der Region zu stärken, beinhalten alle Berufsbildungsprojekte von Brücke Le Pont auch Kurse zu Gewaltprävention und Konfliktlösung. Sie stärken das Selbstwertgefühl und den Umgang mit Emotionen, vermitteln Informationen zu Menschenrechten, Arbeitsrechten und sexueller Gesundheit und fördern die Konfliktprävention: Gemeinsam mit dem Projektteam analysieren die Jugendlichen verschiedene Formen von Gewalt, die sie in ihrem Umfeld erleben, und üben, wie sie dagegen vorgehen und Konflikte friedlich lösen können.

Ziel der Kurse ist, dass die Jugendlichen eine faire Arbeit finden, wo ihre Rechte respektiert werden. Wichtiger Bestandteil der Ausbildung ist auch die Stärkung sozialer Kompetenzen oder Soft Skills wie Kommunikationsfähigkeit, Teamarbeit, kreatives und kritisches Denken und Zeitmanagement.

Ein Lebensplan hilft bei der Berufswahl

Eine weitere Schwierigkeit: Viele Jugendliche wissen nicht, welche Berufe und Ausbildungswege ihnen offenstehen und was sie im Leben erreichen möchten. Deshalb starten die Ausbildungen mit der Erarbeitung eines Lebensplans: Die Jugendlichen erkunden ihre Stärken und Interessen und entwickeln konkrete Ziele für ihre berufliche und persönliche Zukunft, bevor sie sich für einen Berufskurs entscheiden.



«Bei uns lernen die Jugendlichen in vielen praktischen Gruppenübungen, mit ihren Gefühlen umzugehen und mit anderen zusammenzuarbeiten. Das ist elementar für das Berufsleben.»

Erika Pérez
Psychologin

Die Pädagogin Lorena de Jesús begleitet seit mehreren Jahren Jugendliche im Projekt Vista Hermosa und ist von dem Ansatz überzeugt: «Einen Lebensplan zu erarbeiten, hilft den Jugendlichen dabei, ihre Fähigkeiten und Stärken zu erkennen. Gleichzeitig unterstützen wir sie so dabei, ihre Ziele konkret und realistisch festzulegen – mit einem kritischen, aber auch hoffnungsvollen Blick auf ihre Realität.» Die Jugendlichen, die einen Lebensplan entwickelt haben, gehen ihre Ausbildung gezielter an und erhöhen ihre Chancen, den gewählten Berufskurs erfolgreich abzuschliessen.

Bestätigter Mehrwert von ganzheitlicher Bildung

Dass der ganzheitliche Ansatz auch bei den Jugendlichen gut ankommt, wird im Gespräch mit Projektteilnehmenden deutlich. Der achtzehnjährige Abraham Coreas López ist in der Ausbildung zum Koch. Er schätzt, wie die Lehrkräfte auf die Auszubildenden eingehen: «Hier interessieren sie sich viel mehr dafür, welche Perspektiven wir später haben, als in der normalen Schule.» Die Aktivitäten, wo es um Teamarbeit und persönliche Stärken geht, gefallen ihm besonders gut: «Wir haben gelernt, aufeinander einzugehen und mit verschiedenen Leuten zusammenzuarbeiten. Und wir haben gemerkt, dass wir alle ein Talent haben – etwas, das uns auszeichnet. Der Kurs hat uns stark geholfen, zu sagen: «Hey, ich kann so vieles.»»

Auch Unternehmen schätzen die ganzheitliche Stärkung der Jugendlichen. Bei der letzten externen Evaluation haben sie bestätigt, dass die Jugendlichen aus den Projekten von Brücke Le Pont eine positivere Einstellung und mehr Verantwortungsbewusstsein zeigen als andere Mitarbeitende. Eine grosse Leistung für junge Menschen, die in einem schwierigen Kontext aufwachsen. ■

› Mit Brücke Le Pont engagiert sich Syna für faire Arbeit in Lateinamerika und Afrika. Unterstützen Sie die Entwicklungsorganisation mit einer Spende und helfen Sie benachteiligten Menschen, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern – herzlichen Dank!



Prämien- wahnsinn stoppen!

+ 158 %

Krankenkassenprämien

+ 12 %

Löhne

1997

2005

2012

2019

2024

Am 9. Juni

JA

Prämien-
Entlastungs-
Initiative